„Asphalt“: Sterzer kommt

Das renommierte Straßenmagazin „Asphalt“ hat eine neue Chefin, Katharina Sterzer (33) löst ab 1. Juli Geschäftsführer Georg Rinke (61) ab. Zum Stabwechsel auf dem Sommerfest des Magazins beim SC Elite kamen auch Ministerpräsident Stephan Weil, Hannovers Sozialdezernentin Sylvia Bruns, „Asphalt“-Verkäuferinnen und -Verkäufer und Freunde des Straßenmagazins.

Der monatlich erscheinende „Asphalt“ wird von wohnungslosen und bedürftigen Menschen an bestimmten Plätzen in Hannover verkauft, kostet 2,20 Euro. Die Verkäuferinnen und Verkäufer erhalten jeweils die Hälfte. Hauptgesellschafterin des Magazins ist das Diakonische Werk Hannover. Rinke leitete die Asphalt gGmbH, die 1994 gegründet wurde, sechs Jahre lang.

Die 33-jährige Sterzer aus Hannover bringe Erfahrungen im Bereich Veranstaltungsmanagement mit, lobte die Diakonie. In Hannover ist die 33-Jährige keine Unbekannte. Seit 2017 ist sie Geschäftsführerin im Freundeskreis Hannover. *rue*

Rekord bei Jobmesse

Die 15. „Jobmesse Hannover“ jüngst im Hannover Congress-Centrum (HCC) war aus Veranstaltersicht „ein voller Erfolg“. Mit mehr als 160 Ausstellern sei hier eine Rekordmarke gesetzt worden. Neben Informationsgesprächen wurde den „mehreren Tausend Besuchern“ an den beiden Messetagen ein Programm geboten, das unter anderem aus Workshops, Bewerbungschecks und einem Fotoservice bestand.

Das Ausstellerportfolio umfasste in diesem Jahr sowohl lokale Unternehmen wie den Zoo, die Volksbank und die Medizinische Hochschule als auch überregionale Arbeitgeber wie die Deutsche Bahn, Fielmann, Tesla und die Tui. Auch der öffentliche Sektor war vertreten, etwa mit dem Land Niedersachsen, der Stadt Hannover, der Polizei, der Üstra sowie dem Zoll.

Christin Singer, Projektleiterin der Jobmesse, weiß, was den Erfolg ausmacht: „Die Messe bietet eine einzigartige Plattform, um qualifizierte Teamplayer zu rekrutieren und sich als attraktive Arbeitgeber zu präsentieren – ganz besonders in Zeiten des riesigen Fachkräftemangels.“ *lok*

THEMA DES TAGES

Busfahrer gesucht: Bereits jetzt sollen auf den Regiobus-Linien 300, 500 und 700 häufig Fahrten ausfallen. Und in einigen Jahren gehen viele Fachkräfte in Rente. FOTO: NANCY HEUSEL

Busunternehmen fahren in die Rentenfalle

Üstra und Regiobus haben schon jetzt Personalprobleme, angesichts des recht alten Fahrerpersonals droht in einigen Jahren ein Notstand

Von Thomas Nagel

Laut des Statistischen Bundesamtes ist jeder dritte Busfahrer älter als 55 Jahre. Nach Schätzungen des Bundesverbandes Deutscher Omnibusunternehmen (BDO) könnten in den nächsten zehn bis 15 Jahren rund 36.000 Busfahrer in Deutschland fehlen. Der höhere Personalbedarf wegen der Verkehrswende ist da noch nicht eingerechnet. Bereits jetzt klagen 73 Prozent der Unternehmen über Fahrermangel. Bundesweit sollen 5000 Busfahrer fehlen.

Eine Anfrage bei Üstra und Regiobus ergab ein sehr unterschiedliches Bild. „Mit Stand Juni 2023 haben wir einen ausgeglichenen Personalstand“, sagt Regiobus-Sprecher Tolka Otkun. Rund 950 Menschen sitzen in den Regiobussen am Steuer. Spricht man mit dem Regiobus-Betriebsratsvorsitzenden Rainer Weber, klingt das ganz anders. „Mittlerweile fallen ganze Dienste aus, weil wir zu wenig Fahrer haben“, sagt er. Bei den Busfahrern haben sich rund 35.000 Überstunden und etwa 4000 freie Tage angehäuft. „Wir bräuchten allein 50 Fahrer, um diesen Berg an Überstunden und freien Tagen abzubauen.“

Besonders auf den Linien 300, 500 und 700 aus dem Südwesten der Region fallen häufig Fahrten aus. Weber räumt aber auch ein: „Die Kunden merken das kaum, weil diese Linien sehr eng getaktet sind.“ Auffällig ist, dass die Ausfallquote von Busfahrten bei der Regiobus relativ betrachtet mit 0,8 Prozent achtmal so hoch ist wie bei der Üstra (0,1 Prozent – 36 von 36.000 Fahrten in sechs Monaten). Eine genauere Angabe, wie viele Fahrten 2023 bei der Regiobus ausgefallen sind, machte das Unternehmen nicht.

Bei der Regiobus ist das Durchschnittsalter beim Fahrpersonal mit 49 Jahren höher als bei der Üstra (46,5 Jahre). Und trotzdem sagt Metin Dirim, stellvertretender Betriebsratsvorsitzender bei der Üstra, über die Altersstruktur: „Das ist unsere größte Herausforderung.“ Bis etwa 2032 müssen seiner Einschätzung zufolge circa 50 Prozent der Fahrer aus Altersgründen ersetzt werden, schätzt er.

Üstra fehlen 20 Busfahrer

Bei der Üstra beziffert Unternehmenssprecher Heiko Rehberg den Personalmangel auf 20 Fahrer. Mit Überstunden und Verwaltungspersonal versuche man das Defizit auszugleichen. Dirim glaubt, dass weitere acht bis zwölf Busfahrer nötig seien, um Überstunden abzubauen.

„Im Vergleich zum Beispiel zur Region Lüneburg/Stade kommt die Üstra bislang noch ganz gut weg“, sagt Verdi-Sekretär Marian Drews. Und bei der Stadtbahn sei die Situation sehr entspannt. Laut Üstra-Sprecher Rehberg gebe es dort keinen Personalmangel.

Für den hannoverschen Verkehrsbetrieb fahren derzeit 437 Stadtbusfahrer. Im Vergleich zu 2013 seien jetzt fast 13 Prozent mehr Leute am Steuer der Üstra-Busse. Metin Dirim lobt die Üstra: „Bei uns ist die Realität des Fachkräftemangels angekommen.“ Allerdings könne man das von den Arbeitgeberverbänden nicht sagen. Die Regiobus konnte keine Angaben machen, wie viele Fahrer 2013 im Dienst waren.

Das Problem ist sehr komplex. So sagt der Regiobus-Betriebsratsvorsitzende: „Bewerber haben wir genug.“ Aber die wenigsten seien geeignet für den Job. Dirim ergänzt, dass die Ausbildung der Busfahrer aufwendiger sei als für Stadtbahnfahrer. Und bei einem Einstiegsgehalt von 3000 Euro brutto sei der Beruf finanziell auch für viele Menschen nicht attraktiv genug, meint Verdi-Sekretär Drews. So bekämen die Fahrer keine Schichtdienstzulagen.

Und dann kommen manchmal auch innerbetriebliche Probleme hinzu. So beklagt ein Regiobus-Fahrer mangelnde Wertschätzung. Und sagt: „Wir haben hohe Krankenstände.“ Pressesprecher Otkun: „Der Krankenstand bewegt sich im Branchenvergleich derzeit im normalen Bereich.“

FRAGE DES TAGES

Am Freitag beginnt das Schützenfest in Hannover. Freuen Sie sich darauf?

HAZ-GRAFIK Abgegebene Stimmen: 2879 (18 Uhr)*
*keine repräsentative Umfrage

Klar – das ist das Highlight des Jahres in der Stadt.

Für mich ist das gar nichts.

Ich komme erst zum Maschseefest wieder nach Hannover.

HAZ **Ihre Meinung zählt:** Jeden Tag stellen wir Ihnen auf unserer Internetseite unter www.haz.de/umfrage die Frage des Tages zu Themen aus Hannover und der Welt. Stimmen Sie ab! **Heute auf HAZ.de:** Hannovers Niki-Promenade soll mit schneller Gastronomie und ungewöhnlichen Geschäften attraktiver für die Kundschaft werden. Was sagen Sie?

Stadt sperrt Brücke in Linden

Ersatzbau wird frühestens 2027 fertig

Von Jasper Bennink

Die Brücke in der Nieschlagstraße in Hannover-Linden ist marode. Schon seit Jahrzehnten weiß die Stadtverwaltung um das Problem. Nun plant sie einen Neubau, der nach aktuellem Stand der Dinge allerdings frühestens 2025 beginnen kann. Sperren muss sie die Brücke aber schon jetzt, um sie nicht weiter zu beschädigen und die Verkehrssicherheit zu gewährleisten. Ab Mitte Juli ist es so weit. Wenn es bei den Plänen bleibt, können Autos und Lkw die Querung jahrelang nicht nutzen.

Im Jahr 2004 hat die Verwaltung erstmals vom schlechten Zustand der Brücke erfahren. Schon damals war klar: Es ist eine umfassende Sanierung notwendig. Eine weitere Prüfung im Jahr 2011 ergab: Die Brücke ist in einem „nicht ausreichenden Zustand“. Eine Instandsetzung sei dringend erforderlich, um die Sicherheit des Verkehrs zwischen Fössestraße und Rampenstraße zu sichern.

Bis heute hat es keine Sanierung gegeben, stattdessen schränkte die Stadt die Nutzungsmöglichkeiten ein: Seit 2005 dürfen nur noch Fahrzeuge die Brücke nutzen, die weniger als 25 Tonnen wiegen. 2013 entschied sich die Verwaltung dann für einen Neubau. Dieser mache aus finanziellen Gründen mehr Sinn als eine Sanierung des 1898 errichteten Bauwerks. Seitdem hat die Stadt die Pläne jedoch immer wieder verschoben. Der Grund: Das Geld ist nicht da.

Stadt verschiebt Neubau

Im Haushalt für 2023 war der Neubau der Brücke, der nach ersten Schätzungen rund 2 Millionen Euro kosten soll, nun erstmals festgehalten. Im Frühjahr sollte es losgehen mit dem Bau. Doch nun gab es die kurzfristige Änderung. Erst frühestens 2025 lasse sich der Bau umsetzen, die Stadt müsse weiter sparen, heißt es in einem internen Informationsschreiben der Verwaltung an die Mitglieder des Bezirksrats Linden-Limmer. Das Geld aus dem diesjährigen Haushalt fließt stattdessen in ein Wohnungsbauprojekt. „Ob in zwei Jahren dann aber wirklich das Geld für den Neubau da ist, weiß im Prinzip niemand“, kritisiert Rainer-Jörg Grube, Bezirksbürgermeister von Linden-Limmer.

UNTERM STRICH

Konzentration aufs Wesentliche

Eigentlich ist das Elterngeld eine simple Sache mit einem simplen Ziel: Es soll frischgebackenen Eltern die Angst nehmen, nach der Geburt des Babys in finanzielle Not zu geraten. Umso größer ist dann natürlich der Frust, wenn das Geld nicht kommt, sogar monatelang nicht. Anfang des Jahres räumte die Stadt Hannover ein, dass sie teilweise rund 14 Wochen brauche, um Elterngeldanträge zu bearbeiten. Der Grund: Fachkräftemangel. Es gibt schlichtweg nicht genug Menschen in der Abteilung, um alle Anträge in einem angemessenen Zeitrahmen zu bearbeiten.

Babyboomer gehen erst noch

Dieses Wort ist ein ständiger Begleiter unserer Zeit geworden: Fachkräftemangel. Es gibt eigentlich keine Branche, die davon unberührt ist. Überall macht das Fehlen von Busfahrern, Handwerkern, oder Köchen das Leben schwieriger. Der öffentliche Dienst ist keine Ausnahme, und man kann der Stadt nicht vorwerfen, dass sie davon betroffen ist. Aber man kann ihr und der Politik insgesamt vorwerfen, dass sie nicht entschlossen genug dagegen vorgeht.

Überall fehlen Fachkräfte – auch in Hannovers Stadtverwaltung. Die Behörde hat das Problem zwar erkannt, aber sie tut längst nicht genug dagegen, meint **Heiko Randermann.**

Denn bislang versucht die Stadt vor allem, neue Mitarbeiter zu gewinnen, als Quereinsteiger oder direkt von der Schule und der Universität. Das ist natürlich absolut richtig, aber das wird nicht ausreichen, denn der große Abschied der Babyboomer-Generation aus der Arbeitswelt hat gerade erst begonnen. Bis Ende des Jahrzehnts werde es im öffentlichen Dienst in Deutschland vermutlich 840.000 unbesetzte Stellen geben, gegenüber 630.000 jetzt, haben die Wirtschaftsberater von McKinsey berechnet.

Kerngeschäft vor Experimenten

Die Stadtverwaltungen müssen daher mehr tun: Sie müssen Abläufe digitalisieren – je mehr Bürgerinnen und Bürger ihre Anliegen von zu Hause erledigen können, umso weniger Mitarbeiter müssen sich in den Verwaltungen damit beschäftigen. Die Bürokratie muss eingeschränkt werden, sowohl bei den Vorgängen als auch beim Einstellen von Quereinsteigern – das ist vor allem Aufgabe des Bundesgesetzgebers.

Und die Stadt Hannover muss sich stärker auf ihre Kernaufgaben konzentrieren: Die Behörde muss ihre Dienstleistungen für die Menschen in dieser Stadt schnell und gut abrufen können – das muss oberste Priorität genießen. Visionäre Projekte und Experimente sollten da keinen Vorrang haben. Erst die Pflicht, dann die Kür – alles andere sorgt nur für Frust bei den Menschen.